

14.44

Abgeordnete Sabine Schatz (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir feiern dieser Tage nicht nur 100 Jahre Republikgründung, wir feiern gleichzeitig 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre, in denen Frauen sehr viel zum Positiven für die Frauen in diesem Land bewegt haben. Ich denke, das ist ein Grund, auch wirklich zu feiern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gibt aber natürlich nach wie vor viel zu tun, gerade auch, was Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt betrifft. Das belegt ja auch der nun vorliegende Bericht der Gleichbehandlungsanwaltschaft für die Privatwirtschaft. Drei Viertel der Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts betreffen Frauen. Ein wesentlicher Diskriminierungspunkt dabei ist ungleiche Bezahlung. Schon die ersten Frauen, die 1919 hier ins Parlament eingezogen sind, haben gleichen Lohn, gleiches Gehalt für gleiche und gleichwertige Arbeit gefordert, aber davon sind wir noch heute, 100 Jahre danach, weit entfernt.

Ich komme auf ein Beispiel aus meinem eigenen Bezirk zu sprechen, das ist der Bezirk Perg in Oberösterreich, wo die Lohnschere eklatant weit auseinanderklafft. In unserem Bezirk verdienen Frauen um 28,6 Prozent weniger als Männer, das sind im Jahr durchschnittlich 14 303 Euro; bundesweit sind es im Jahr mehr als 10 100 Euro, die Frauen weniger verdienen. 14 303 Euro, das ist, als ob man den Frauen in meinem Bezirk jährlich einen neuen schnittigen Kleinwagen vorenthalten würde, einfach aufgrund dessen, dass sie Frauen sind, obwohl sie den gleichen Job machen und gleichwertige Arbeit leisten.

Das zeigt uns aber auch: Es gibt ganz viele Maßnahmen, die wir treffen müssen, um da aktiv gegenzuarbeiten, damit es nicht weitere 100 Jahre dauert, bis wir dieses Ziel endlich erreicht haben.

Auf eine Maßnahme möchte ich konkret eingehen und dafür auch ein Fallbeispiel aus dem Bericht erwähnen, und zwar: Frau A. muss im Zuge von Sozialplanverhandlungen, nachdem ihre Abteilung geschlossen wurde, feststellen, dass sämtliche männlichen Kollegen ein höheres Grundentgelt haben, obwohl Frau A. über mehr Erfahrung und eine bessere Ausbildung verfügt. Außerdem erhalten die Männer regelmäßig Gehaltserhöhungen und Bindungszulagen, welche Frau A. stets verwehrt bleiben. Die Gleichbehandlungskommission stellt eine Entgeltdiskriminierung fest. – Das ist ein Beispiel von vielen, sehr geehrte Damen und Herren, die zeigen, wie dringend notwen-

dig es ist, dass wir endlich echte Einkommenstransparenz in den Betrieben, in der Privatwirtschaft schaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist eine Maßnahme, die notwendig ist, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb selbst sehen können, wo sie stehen und wo sie im Vergleich zu anderen Kolleginnen und Kollegen stehen, damit sie auch bei den Gehaltsverhandlungen Mittel haben, um besser verhandeln zu können.

In diesem Sinne richte ich mich vor allem an die Abgeordneten von FPÖ und ÖVP: Greifen Sie mit uns diese Materie an, setzen Sie sich dafür ein, dass Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit nicht länger weniger verdienen als Männer, diskutieren Sie mit uns über ein Einkommenstransparenzgesetz und wehren Sie das nicht laufend ab oder vertagen es ins Nirwana! – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

14.48

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Wassermann. – Bitte, Frau Abgeordnete.